

## Die Finanzkrise, die eine Schuldenkrise, die eine Vertrauenskrise ist Umfairteilen bietet Lösungsvorschlag

Die Krise, die seit 2007/2008 die Finanzmärkte verunsichert und seit der Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers auch die Wirtschaft und zahlreiche Staaten erschüttert hat, war von Anfang an auch eine Schuldenkrise. Das Finanzinstitut, dessen Kollaps das Fass zum Überlaufen brachte, ist inzwischen abgewickelt. Die Gläubiger haben einen geringen Teil ihrer verlorenen Anlagen zurückerhalten. An dem System falscher Anreize und Regulierungslücken, das der Kettenreaktion von Immobilienblase und Überschuldung zahlloser privater Hausbesitzer, dem Platzen ihrer Hypotheken und der Entwertung der auf dieser Grundlage entwickelten Papiere (asset backed securities) aktiv Vorschub leistete, hat sich wenig geändert.

Die strukturelle Gefahr, die aus der vielfach kritisierten „Systemrelevanz“ der großen, miteinander stark verflochtenen Banken, Fonds und Investmentinstitute entsteht, ist nicht entschärft.

Inzwischen liegt die Aufmerksamkeit von Politik und Medien nicht mehr primär auf einzelnen Finanzinstituten, sondern stärker auf den überschuldeten europäischen Staaten. Dass Japan eine Schuldenquote von über 200% und auch die USA inzwischen eine Schuldenquote von über 100 % ihres Bruttoinlandsproduktes aufweisen, findet dabei kaum Erwähnung. In Zusammenhang mit der Überschuldung von Staaten haben auch die Bewertungen der großen amerikanischen Ratingagenturen eine vorher nie gekannte Bedeutung und Aufmerksamkeit erhalten. Für die betroffenen Staaten führt eine Absenkung im Rating dazu, dass sie zumindest höhere Zinsen für ihre Anleihen zahlen müssen. Im Extremfall finden sie dafür aber überhaupt keine Anleger mehr, wenn das Vertrauen auf die Fähigkeit zur Zinszahlung und Tilgung schwindet. Zwar profitieren einzelne Staaten wie Deutschland von diesem Zinsgefälle, für die Staatengemeinschaft des Euroraums insgesamt wird aber mit der anhaltenden Schuldenkrise das Vertrauen in die Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit von Politik erheblich beschädigt.

In zahlreichen Veranstaltungen in den Dekanaten der EKHN haben wir uns mit den Ursachen und Folgen der Finanz- und Schuldenkrise und möglichen Lösungsansätzen beschäftigt. Deutlich wurde dabei immer wieder, dass Ungleichgewichte sowohl innerhalb der Staaten als auch zwischen den Staaten eine wesentliche Ursache darstellen.

Während auf der europäischen Ebene die nach wie vor erheblichen Unterschiede in der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und die daraus folgenden Zahlungsbilanzungleichgewichte im Vordergrund stehen, ist es innerhalb der einzelnen Staaten die wachsende Kluft zwischen privatem Reichtum einerseits sowie privater und öffentlicher Armut andererseits, die einer Lösung der strukturellen Probleme entgegenstehen. Das vorhandene Misstrauen bezüglich der Fähigkeit von Politik, Probleme zu lösen, wird verstärkt durch die Beobachtung, dass die mit den eingeleiteten Schritten verbundenen Risiken und Belastungen nicht gerecht verteilt sind.

Hier knüpft die Kampagne *Umfairteilen* an. Das Bündnis aus Gewerkschaften, Sozialverbänden sowie kirchlichen und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen fordert eine faire Beteiligung der Reichen an den Kosten, die sich aus der hohen öffentlichen Verschuldung und den als notwendig erachteten finanz- und konjunkturpolitischen Maßnahmen zur Eindämmung der Krise ergeben. Im Einzelnen will man sich diesem Ziel durch eine einmalige Vermögensabgabe, die Einführung einer verfassungskonformen Vermögenssteuer sowie die Anhebung des Einkommensteuerspitzensatzes nähern.

Darüber hinaus setzen sich die Beteiligten für effektivere Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung und für Schritte zur Beendigung des Steuersenkungswettbewerbs in Europa ein. Diese Maßnahmen haben nicht den Anspruch, alle Probleme zu lösen. Ihre Einführung würde aber dazu beitragen, dass – wie es viele

Politiker versprochen hatten - die Haushaltskonsolidierung nicht nur über die Ausgabenseite sondern auch über die Steuereinnahmen erreicht werden sollen und die damit verbundenen Belastungen fair, d.h. entsprechend der Leistungsfähigkeit, verteilt werden.

Die Aktionen und die Rhetorik von Bewegungen wie der Kampagne *Umfairteilen* oder der Occupybewegung stoßen in kirchlichen Kreisen immer wieder auf Befremden und Ablehnung. Vielfach wird aber auch anerkannt, dass wir uns auch als Kirche und als einzelne Christinnen und Christen mit den hier aufgeworfenen strukturellen und ethischen Fragen auseinandersetzen müssen. Wir brauchen eine offene, unpolemische, gesellschaftliche Debatte über Verteilungsfragen und die gesellschaftliche Funktion von Reichtum. Dafür müssen manchmal auch Milieugrenzen und Berührungspunkte überwunden werden. Deshalb unterstützt das ZGV die genannten Forderungen und beteiligt sich auch im Rahmen des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt auf Bundesebene an der Kampagne *Umfairteilen*.

Dr. Brigitte Bertelmann, Referat Wirtschaft und Finanzpolitik